

Das Schweizer Parteiensystem rekonstruiert sich

ANDREAS LADNER¹

Ein Parteiensystem widerspiegelt die zentralen Konflikte einer Gesellschaft. Wandelt sich die Gesellschaft, so wird sich auch das Parteiensystem verändern. Parteiensysteme und Parteien können bei der Betrachtung historischer Entwicklungen als Seismographen für sozialen Wandel und gesellschaftliche Konflikte dienen. Beim Blick auf aktuelle Entwicklungen ist aber vor allem bei der Analyse der Vertretung der Parteien in den politischen Gremien oder ihrer Stimmanteile Vorsicht angebracht.

Politische Parteien gleichen schweren Frachtschiffen, die noch eine Zeit lang weiterdriften, auch wenn der Motor bereits steht. Bei den meisten Wahlen in der Schweiz ist das Prädikat „bisherig“ für Kandidatinnen und Kandidaten schon fast eine Garantie zur Wiederwahl, auch ohne dass die Partei viel dazu beitragen muss. So kann es vorkommen, dass – wie dies beim Landesring der Unabhängigen (LdU) in den 1980er Jahren der Fall war – einzelne Parteixponenten auf nationaler Ebene nach wie vor erfolgreich Politik machen und als „Bisherige“ auch immer wieder gewählt werden, während die Partei an ihrer Basis bereits mit grossen Problemen zu kämpfen hat. Treten die gewählten Mandatsträgerinnen und -träger dann zurück, fällt die Partei in sich zusammen. Gefahr für eine nüchterne Analyse droht aber auch aus einer anderen Richtung. Medial übersteigerte, kurzfristige Ereignisse können einen Wandel vortäuschen, der gar nicht stattfindet. Gewinnt die Partei nationalorientierter Schweizer (PNOS) in einer Solothurner Gemeinde einen Exekutivsitze, so ist die Schweiz damit noch nicht nach rechts gerutscht. Die grosse Herausforderung, die sich bei der Analyse

¹ Andreas Ladner ist seit 2006 ordentlicher Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP.

von Parteien und Parteiensystemen stellt, ist das Erkennen des effektiven Wandels. Es muss unterschieden werden zwischen konjunkturellen zyklischen Veränderungen und strukturellen tektonischen Verschiebungen.

Lange Zeit gab es in der Schweiz freilich kaum etwas zu analysieren. Das Parteiensystem veränderte sich praktisch nicht. Seit 1919 haben dieselben vier Parteien die Politik dominiert, von 1959 bis 2003 setzte sich der Bundesrat nach derselben zauberhaften Formel zusammen. Schon fast unheimlich mutete an, dass die 1968er Revolte, die neuen sozialen Bewegungen, die Ökologie-Bewegung der 1980er Jahre und der Niedergang des real existierenden Sozialismus an den Schweizer Parteien scheinbar spurlos vorüber gegangen sind. Ist die Schweiz ein paradigmatischer Fall politischer Stabilität, der die These von den auf den Konfliktstrukturen der nationalen und industriellen Revolutionen festgefrorenen Parteiensystemen (Lipset/Rokkan 1972) bestätigt? CVP, FDP, SVP und SP scheinen die Nachfrage nach politischer Orientierung seit Jahrzehnten weit gehend abzudecken. Hat die Schweiz die politischen Institutionen gefunden, die eine beispielhafte politische Stabilität garantieren, fragten sich die einen bewundernd. Wo bleibt der Wettbewerb, entwickelt sich die Gesellschaft nicht weiter, sorgten sich die anderen.

In den letzten Jahren hat nun, so macht es den Anschein, ein grösseres Erdbeben die Parteienlandschaft kräftig erschüttert. Aus dem Juniorpartner im Bundesrat SVP, dem man Mitte der 1970er Jahre noch den Sitz in der Regierung streitig machen wollte, ist die wählerstimmenstärkste Partei geworden. Die FDP als Gründerpartei des Bundesstaates bangt demgegenüber um ihre Zukunft. Schon gibt es Stimmen, die spekulieren, sie werde in Zukunft nur noch mit einem Sitz im Bundesrat vertreten sein.

Wie konnte es dazu kommen? Ist es wirklich nur die Person von Bundesrat Christoph Blocher, die für diesen Wandel verantwortlich gemacht werden kann? Ist es die schicksalhafte Abstimmung von 1992 über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), die zu diesen Verschiebungen geführt hat? Oder sind die Veränderungen der letzten Jahre nicht vielmehr der verspätete Nachvollzug des gesellschaftlichen Wandels oder das Produkt der schon längst fälligen Normalisierung des Sonderfalls Schweiz? Haben möglicherweise die politischen Institutionen wie das Majorzverfahren und die freiwillige Konkordanz dazu geführt, dass notwendige Anpassungen an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht oder eben erst mit grosser Verzögerung vorgenommen wurden? Stehen wir am Anfang einer Rekonstruktion und Neustrukturierung des Schweizer Parteiensystems? Oder hat sich möglicherweise gar nicht so viel geändert und bleibt in der Politik unter dem Strich alles beim Alten? Diesen Fragen soll im vorliegenden Beitrag nachgegangen werden. Dazu – und natürlich auch aus aktuellem Anlass – schauen wir zuerst einmal 25 Jahre zurück, bevor wir einen Blick in die Zukunft werfen.

Politik, Parteiensystem und politische Parteien vor 25 Jahren und heute

Vieles kommt uns auch heute noch vertraut vor, wenn wir ein Vierteljahrhundert zurückblicken. So war 1981 beispielsweise die Politik in Bern einmal mehr um die Verlängerung der Bundesfinanzordnung besorgt. Sparen war schon damals ein Thema und die politischen Eliten waren bemüht, das Konkordanzsystem zu retten (vgl. *Année politique* 1982: 7). Zumindest teilweise vermochte die Politik auch Weichen zu stellen. Dies gelang mit den Verfassungsbestimmungen über die Gleichberechtigung der Frauen und dem Konsumentenschutz. In anderen Bereichen zeigte sich, dass nicht alle Spannungen und Konflikte in der Gesellschaft mit konventionellen Mitteln der Politik gelöst werden konnten. Es war die Zeit der gewaltsamen Auseinandersetzungen um autonome Jugendzentren in den Städten („Züri brännt“, „Lausanne bouge“) und der Protestaktionen gegen die Zerstörung von Wohnraum sowie gegen den Bau neuer Atomkraftwerke. Im Schweizer Parteiensystem blieb es dabei relativ ruhig (vgl. Tabelle 13.1²).

Tabelle 13.1 Das nationale Parteiensystem in den Jahren 1979-1983 und 2000-2007.

	1979-1983	2003-2007
Fragmentierung des Parteiensystems (effektive Zahl der Parteien)	5.6	5.5
Wählerstimmenanteil Bundesratsparteien (Nationalratswahlen)	81.3	81.7
Volatilität (Nationalratswahlen)	6.4	8.6
Positionierung (ganz links = 1; ganz rechts = 10)	5.8	5.8
Polarisierung	2.1	3.6
Wählerstimmenanteil Nationalratswahlen		
FDP	24.0	17.3
CVP	21.3	14.4
SVP	11.6	26.7
SP	24.4	23.3
LdU	4.1	-
GPS	0.6	7.4

Die Fragmentierung hielt sich in engen Grenzen: Die Bundesratsparteien erreichten in der Legislaturperiode 1979 bis 1983 etwas mehr als 80 Prozent

²Zur Bildung und Interpretation der verschiedenen Indices vgl. Ladner (2004).

der Wählerstimmen. Die Volatilität des Parteiensystems, das heisst die Verschiebung der Wählerstimmenanteile zwischen zwei Wahlgängen, war mit 6.4 Prozent gemessen an internationalen Standards ausgesprochen tief. Die Zauberformel widerspiegelte das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien und eine Grüne Partei trat auf Bundesebene noch kaum in Erscheinung.

Vergleicht man das Parteiensystem von heute mit seinem Zustand vor 25 Jahren, so lassen die Systemmerkmale nach wie vor Stabilität vermuten. Die Fragmentierung des Parteiensystems hat sich – auch wenn sie in der Zwischenzeit einmal deutlich grösser war (vgl. Ladner 2004: 74) – kaum verändert und auch das Regierungslager ist insgesamt gleich stark geblieben. Die Volatilität ist nur unwesentlich grösser und im internationalen Vergleich nach wie vor bescheiden. Die Positionierung des Parteiensystems auf der Links-rechts-Achse ist gleich geblieben und die Polarisierung hat nur leicht zugenommen.

Ein spürbarer Wandel zeigt sich demgegenüber auf der Ebene der Parteien. Mit den Grünen scheint sich ein zusätzlicher Akteur etabliert zu haben. Der Landesring ist in der Zwischenzeit verschwunden und auch von der sich in verschiedenen Kantonen als Gegenreaktion auf die Ökologiebewegung herausgebildeten Auto- und späteren Freiheitspartei der Schweiz (FPS), die beispielsweise in den Kantonen Solothurn, Aargau und St. Gallen bei Nationalratswahlen mehr als zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, ist kaum noch etwas zu sehen.

Die grossen Veränderungen haben vor allem im Regierungslager stattgefunden. Während die SP ihre Wählerstimmenanteile knapp halten konnte, hat die SVP auf Kosten von FDP und CVP ihren Wählerstimmenanteil mehr als verdoppelt und ist zur stärksten Partei geworden. Damit hat das Schweizer Parteiensystem eine Dynamik erhalten, die es seit der Einführung des Proporzwahlverfahrens auf nationaler Ebene von 1919 nicht mehr gegeben hat. Aus der kleinen Bauern- und Gewerbspartei, die bei den Nationalratswahlen 1975 weniger als 10 Prozent der Wählerstimmen erzielte, ist innerhalb von weniger als 25 Jahren die wählerstimmstärkste Partei geworden.

Weder der Blick auf die Merkmale des Parteiensystems noch derjenige auf die Stärke der einzelnen Parteien geben aber eine abschliessende Antwort darauf, was sich in der Schweizer Politik verändert hat. Will man den Wandel von Parteiensystemen wirklich erfassen, so gilt es – darüber ist sich die Parteienforschung einig – in die Parteien hinein zu schauen. Entscheidend ist nicht, welche Parteien sich an der Politik beteiligen, sondern welche politischen Inhalte von ihnen vertreten werden und wie diese Vertretung wahrgenommen wird. Rein hypothetisch könnte es auch sein, dass die SVP letztlich lediglich die Politik von CVP und FDP weiterführt, oder – und das wäre für die Parteien problematischer – dass die Parteien heute kaum noch über politischen Einfluss verfügen, und sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht mehr um Parteizugehörigkeit und Parteiparolen kümmern.

Konstanz und Wandel bei den politischen Orientierungen

Vor 25 Jahren konnte die FDP – damals unter der Führung des Neuenburgers Yann Richter – noch deutlich zuversichtlicher in die Zukunft blicken. Mit ihrem Erfolgswahlspruch „Mehr Freiheit – weniger Staat“ schien sie ihr Tief der 1970er Jahre überwunden zu haben und wurde bei den Nationalratswahlen 1983 erstmals seit 1925 wieder zur wählerstimmenstärksten Partei. In den 1982 vorgelegten „Rigi-Thesen“ wurde jedoch die eingeschlagene politische Linie durch die Festlegung relativiert, dass der Staat zwar nicht mehr weiter ausgebaut, jedoch noch immer qualitativ verbessert werden sollte.

Ab Mitte der 1980er Jahre wurde der zwischenzeitliche Erfolgskurs der FDP allerdings abrupt gebremst. Anlass zu Diskussionen gab die Frage, ob die FDP neue, mit dem Wertewandel zusammenhängende Themen wie Umweltschutz und Abrüstung allzu stark vernachlässigt habe (vgl. Klöti 1985). Erstaunlicherweise vermochten der Fall der Berliner Mauer (1989) und der „Siegeszug neoliberaler Postulate“ der FDP keine neue Dynamik zu verleihen. Das Positionspapier „Perspektiven einer liberalen Lebensgestaltung“ (1995) machte die Schwächen der Partei deutlich. Damit versuchte sie, in den jüngeren, urbaneren, besser gebildeten und progressiveren Bevölkerungskreisen, in denen sie gegenüber der SP an Terrain verloren hatte, wieder Fuss zu fassen. Auch der neuste Versuch „Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz“, in dem die FDP eine „offene, gerechte und zukunftsorientierte Schweiz“ fordert, scheint sich parteiweit noch nicht als wegleitende Orientierungshilfe durchgesetzt zu haben. Die Partei gleicht einem kaum führbaren Konglomerat unterschiedlicher liberaler Positionen.

Die SP unter der Leitung von Helmut Hubacher war zu Beginn der 1980er Jahre intern deutlich zerstrittener als heute. Es war die Zeit der „Groupe Yverdon“ auf dem linken Parteiflügel, der immer mehr zur Partei in der Partei zu werden drohte, während sich auf der rechten Seite der SP wie beispielsweise in Basel und Zürich stärker gewerkschaftlich orientierte Gruppierungen herausbildeten (Année politique 1982: 202). Einmal mehr wurde von linker Seite auch die Regierungsbeteiligung der SP in Frage gestellt. In einer Umfrage sprachen sich aber praktisch alle Lokalparteien für ein Verbleiben in der Regierung aus.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen sich die parteiinternen Fronten aufzuweichen. Zunehmend zeichnete sich eine Mitteposition ab, die sich weniger an grundsätzlichen Fragen und Gesellschaftsentwürfen, sondern an einer pragmatischeren, auf realpolitische Erfolge ausgerichteten Parteipolitik orientierte. Gleichzeitig fand auch eine inhaltliche und personelle Annäherung an das Bewegungslager statt. Die Parteiführung setzte ihre Hoffnungen auf eine neue rot-grüne Mehrheit im Parlament und ging – in der Deutschschweiz eine Abkehr von bisherigen Grundsätzen – in mehreren Kantonen Listenverbindungen mit den Grünen ein. In den Vordergrund rückte eine Politik, welche auch auf die Bedürfnisse der Marktwirtschaft einging, um so das Bild der Wirtschaftsfeindlichkeit abzulegen

(z.B. das Wirtschaftsprogramm von 1995). Zu Beginn der 1990er Jahre zeitigte diese Strategie auf städtischer und kantonaler Ebene erste Erfolge. Bei den Nationalratswahlen 1995 wurde die SP – mit 15 Sitzgewinnen und einem Wählerzuwachs von 3.3 Prozentpunkten auf 21.8 Prozent – wieder zur wählerstimmenstärksten Partei. Zu den Verlierern gehörten dabei allerdings die Grünen, sodass das rot-grüne Lager insgesamt kaum wesentlich gestärkt wurde. Gestärkt ging dieses erst aus den Wahlen 2003 hervor, als die Grünen wieder zulegen konnten und die SP ihren Wählerstimmenanteil noch leicht auf 23.3 Prozent zu steigern vermochte.

Die SP präsentiert sich heute mehr denn je als Regierungspartei. In vielen Städten hält sie die Mehrheit und auch in der Bundespolitik ist sie stärker integriert als je zuvor. Programmatisch schwankt sie zwischen dem von den radikalisierten Gewerkschaften angeregten Klassenkampf, den verschiedensten und zum Teil radikalen Forderungen aus dem Bewegungslager und der „neuen Mitte“ im Stile eines Tony Blairs oder Gerhard Schröders, ohne diese aber beim Namen zu nennen.

Der CVP – geleitet vom Walliser Hans Wyrer – ging es nach den 1979er Nationalratswahlen wieder etwas besser. Ihre Hauptprobleme blieben aber dieselben. Es gelingt ihr nicht, sich zu einer überkonfessionellen Partei zu entwickeln. Die anhaltende Säkularisierung, welche die traditionellen Bindungen an die Kirche und die katholische Konfession abschwächt, macht ihr weiter zu schaffen. Zudem verhindert die ausserordentlich grosse parteiinterne Heterogenität eine klarere politische Profilierung. Nach wie vor konkurrenzieren sich die „soziologischen Gruppierungen“ (Christlichsoziale, „Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft“, CVP-Frauen).

Die zu Beginn der 1990er Jahre intensivierten Bemühungen der CVP, den Wählerverlusten durch ein attraktiveres Image ein Ende zu setzen, blieben ebenso erfolglos wie neue Marketingkonzepte und der „programmatische Wandel“ von der „Partei der dynamischen Mitte“ zur „modernen Partei des Zentrums“. Zum Stolperstein für die CVP wurde zudem ihre ursprünglich offene Haltung in der Europafrage. Diese kostete sie nicht nur Wählerstimmen, sondern ermöglichte es vor allem der SVP, in die „CVP-Stammlande“ vorzudringen und sich dort festzusetzen. Mit der Verschiebung der Kräfteverhältnisse bei den Nationalratswahlen 1999 ist die CVP klar zur wählerstimmenschwächsten Bundesratspartei geworden. Dies führte 2003, nach erneuten Wählerstimmeneinbussen, zum Verlust des zweiten Sitzes im Bundesrat. Mit ihrer neuen Parteipräsidentin und jetzigen Bundesrätin Doris Leuthard versucht die CVP, sich stärker auf die urbanen Gebiete zu konzentrieren und einen sozial-liberalen Kurs zu propagieren. Ein solcher Kurs führt aber zwangsläufig zu Spannungen in den konservativeren Hochburgen und mit kirchlichen Kreisen.

Die SVP – Parteipräsident war damals der Berner Nationalrat Fritz Hofmann – bekundete vor 25 Jahren grosse Mühe, ihren Standort zu definieren. So forderte auf der einen Seite die Junge SVP die Strafbestimm-

mungen für den Konsum von harten und weichen Drogen zu differenzieren und wehrte sich gegen eine Absenkung des Wohlfahrtsniveaus, während sich auf der anderen Seite die Zürcher SVP mit ihrer klaren Ablehnung des Autonomen Jugendzentrums (AJZ) in der Stadt Zürich und dem Ruf nach Ruhe und Ordnung auf der rechten Seite des politischen Spektrums positionierte (Année politique 1982: 206). Auf diese Zeit zurück geht auch der parteiinterne Konflikt zwischen der Zürcher Kantonalpartei und dem eher liberalen Parteiflügel, vertreten durch Exponenten der Berner SVP. Dieser Konflikt verstärkte sich in der Europafrage und endete schliesslich mit der faktischen Machtübernahme der EWR-Gegner. Die Ablehnung des EWR-Vertrags durch Volk und Stände bekräftigte die Vorherrschaft des Zürcher Flügels und brachte der Partei weitere Erfolge. In traditionell christlich-demokratisch oder freisinnig geprägten Kantonen wie Solothurn, Basel-Stadt, Zug, Luzern und St. Gallen gelang es der SVP, dem Zürcher Kurs nahe stehende Kantonalparteien zu gründen. In den Nationalratswahlen 1995 wurde der oppositionelle Rechtskurs der SVP auch von den Wählenden honoriert. Mit fünf Mandatsgewinnen und einem Stimmenzuwachs von drei Prozentpunkten (neu: 14.9 Prozent), was einem Wählerstimmenteil wie zu Zeiten vor dem 2. Weltkrieg entsprach, gehörte die Partei zu den klaren Siegern. Aufgrund dieser Erfolge ertönte erstmals auch der Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz. In den Wahlen 1999 wurde die SVP zur stärksten Partei und setzte ihren Expansionskurs in den katholischen und teilweise auch in den Westschweizer Kantonen fort. Nach einem erneuten spektakulären Wahlsieg mit 26.7 Prozent der Stimmen in den Nationalratswahlen 2003 wurde der Präsident der Zürcher Kantonalpartei und Nationalrat Christoph Blocher als zweiter SVP-Vertreter auf Kosten der CVP in den Bundesrat gewählt.

In den letzten 25 Jahren ist die SVP klar nach rechts gerutscht. Sie vertritt heute einen national-konservativen Kurs, der anti-etatistisch und wirtschaftsliberal geprägt ist, auch wenn sie zum Schutz des Gewerbes und der Landwirtschaft nicht vor protektionistischen Lösungen zurückschreckt. Sie hält den Sonderfall Schweiz hoch, wehrt sich gegen einen EU-Beitritt und vertritt eine restriktive Haltung gegenüber Asylsuchenden und Ausländern.

Vor etwas mehr als 25 Jahren betrat auch ein neuer Akteur die politische Bühne der Schweizer Politik. In den frühen 1970er Jahren entstanden vor allem in der Westschweiz (in den Kantonen Neuenburg und Waadt) erste grüne Gruppierungen, die in lokalen Parlamenten auch Sitzgewinne zu erzielen vermochten. Im Jahr 1978 kam es zur Gründung einer Grünen Partei im Kanton Zürich und 1979 wurde mit dem Waadtländer Daniel Brélaz erstmals ein Vertreter einer Grünen Partei in den Nationalrat gewählt.

In den 1980er Jahren verlief die Entwicklung der Grünen noch zweigleisig. An den nationalen Wahlen von 1983 beteiligten sich sowohl die „Gurken-Grünen“, die gemässigte „Föderation der Grünen Parteien der

Schweiz“ (GPS), die „Wassermelonen-Grünen“ und die links-grüne „Grüne Alternative Schweiz“ (GRAS) (vgl. Ladner 1989). Während die grün-alternativen Kräfte vor allem lokal orientiert waren, intensivierten die „Grün-Grünen“ ihre Anstrengungen, sich auf nationaler Ebene zu konstituieren. 1986 wurde die Föderation umbenannt in „Grüne Partei der Schweiz“ (GPS).

Gegen Ende der 1980er Jahre begann in zahlreichen Kantonen (vor allem aber in den Kantonen Luzern, Basel-Landschaft und St. Gallen) eine schrittweise Annäherung der aus Kräften der ehemaligen äusseren Linken bestehenden Grün-Alternativen an die Grüne Partei. Mitte der 1990er Jahre war die „Fusion“ mehr oder weniger abgeschlossen. Erste spektakuläre Erfolge erzielten die Grünen jedoch nicht wie erwartet bereits 1987, sondern erst 1991, als sie mit einem Wählerstimmenanteil von 6.1 Prozent 14 Sitze errangen. Dieser Erfolg war zu einem grossen Teil auf die Beitritte von Kantonalsektionen zurückzuführen, welche 1987 noch zum Grünen Bündnis gehörten.

Durch die Integration grosser Teile des ehemaligen Grünen Bündnisses hat sich die ursprünglich über weite Strecken auch von der Unterstützung bürgerlicher Wähler profitierende Grüne Partei zu einer links-grünen Partei gewandelt. Die damit verbundene Verringerung des Wählerpotenzials dürfte zusammen mit der wieder erstarkenden SP und der angespannten wirtschaftlichen Lage dafür verantwortlich gewesen sein, dass sich die GPS im Verlaufe der 1990er Jahren nur mit Mühe in den Wahlen halten konnte. Bei den eidgenössischen Wahlen 1995 verloren die Grünen fast die Hälfte ihrer Nationalratssitze. Seit den Wahlen 2003 befinden sich die Grünen aber wieder auf der Siegerstrasse – wobei je nach Kanton einmal gemässigte Grüne rechts der SP und einmal grün-alternative links der SP erfolgreich sind. Es machen auch bereits Gerüchte um einen möglichen Sitz im Bundesrat die Runde.

Die entscheidende Frage ist natürlich, welche Auswirkungen die Veränderungen in den Parteien auf die Politik haben. Der Einfluss des links-grünen Lagers auf die Politik ist heute wohl grösser als vor 25 Jahren. Dies dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass viele Anliegen, die in den 1970er Jahren von links aufgebracht wurden (Gleichstellung, Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, usw.) heute weitgehend akzeptiert sind. Durch die Machtverschiebungen im bürgerlichen Lager und vor allem durch den zweiten Sitz der SVP im Bundesrat wurde aber die SP, die heute stärker denn je in Staat und Gesellschaft verankert und auch integriert ist, eher geschwächt. Ihr Ziel für die nächsten Jahre muss es deshalb sein, für das linke Lager einen dritten Sitz im Bundesrat zu gewinnen. Entscheidend wird sein, wie sich die verschiedenen Parteien das links-grüne Potential aufteilen und wie weit sie in die Mitte hinein greifen wollen und können. Soll die SP als Monopolistin auf der linken Seite auftreten, wie dies der frühere Parteipräsident Peter Bodenmann einmal gefordert hat, oder gibt es, ähnlich wie auf der bürgerlichen Seite, eine arbeitsteilig orga-

nisierte Zusammenarbeit zwischen SP und Grünen, bei der beispielsweise die Grünen die Wählerinnen und Wähler links der SP einbinden und die SP stärker in der Mitte mobilisiert?

Einen deutlich grösseren Wandel hat das bürgerliche Lager erfahren. Die SVP erhebt hier neu den Führungsanspruch und zieht das gesamte Lager stärker nach rechts. Interessant an der Erfolgsgeschichte der SVP ist, dass sie mit ihrer national-konservativen Politik alle drei anderen Bundesratsparteien beerben und jeweils Teile der rechten Parteiflügel an sich ziehen konnte. Bei den Arbeiterinnen und Arbeitern – der traditionellen Wählerschaft der SP – war sie mit ihrer asyl- und ausländerkritischen Haltung erfolgreich, in den Kreisen der CVP hat sie mit wertkonservativen Forderungen und mit der Ablehnung der EU-Integration Stimmen geholt und in den Reihen der FDP verfiel vor allem ihr Ruf nach tiefen Steuern und weniger Staat. Durch die Verluste am rechten Flügel sind die anderen Parteien nach links gerutscht (vgl. Tabelle 13.2). Dies ist möglicherweise ein Hinweis dafür, dass sich in der Politik selbst gar nicht so viel ändern wird. Die politischen Positionen der Bevölkerung haben sich möglicherweise nur wenig verändert, nur finden die Wählerinnen und Wähler heute in einer anderen Partei ihre politische Heimat.

Aber auch für die SVP gilt, dass sie sich alleine nicht durchsetzen kann. Auch sie braucht Partner im bürgerlichen Lager, um für ihre Anliegen Mehrheiten zu erhalten. Für sie gilt es nun aber, sich stärker als Regierungspartei zu profilieren, um in den neu erschlossenen „Wähler-Gebieten“ auch Exekutivsitze zu gewinnen. Gleichzeitig muss sie aufpassen, dass sie die Stimmen der Wählerinnen und Wähler nicht verliert, die sie vor allem aufgrund ihrer Oppositionspolitik erhalten hat. Inwiefern der Partei diese Gratwanderung gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Die Parteiorganisationen, ihre Basis und ihre Wähler

In den 1970er und frühen 1980er Jahren bemühten sich die grossen Parteien darum, ihre Organisationen zu festigen, zu professionalisieren und die parteiinterne Demokratie auszubauen. Ursächlich dafür waren verschiedene Entwicklungen. Bei FDP und CVP ging es vor allem darum, die durch den Niedergang der Parteipresse verlorene Integrationskraft zu kompensieren. In beiden Parteien tauchte damals der Vorschlag auf, sich stärker als Mitgliederparteien zu konstituieren (vgl. Ladner/Brändle 2001: 88). Dieses Anliegen ist bis heute noch nicht vollständig umgesetzt worden (vgl. Ladner 2006). Ebenfalls in diese Zeit fällt auch die verstärkte Gründung von Lokal-sektionen. In den 1970er und 1980er Jahren ist es den Schweizer Parteien gelungen, ihr Netz an lokalen Parteiorganisationen stark zu vergrössern. Dies führte dazu, dass Lokalparteien auch in kleinsten Gemeinden mit ein paar Hundert Stimmberechtigten entstanden (vgl. Ladner 1991).

Tabelle 13.2 Ideologische Positionierung und Merkmale der Parteiorganisation.

	in den 1980er Jahren	„heute“
Politische Position der nationalen Partei aus Sicht der Lokalparteipräsidenten (1990/2003); 1 = ganz links; 10 = ganz rechts ^a		
FDP	7.5	6.8
CVP	6.4	5.9
SVP	7.2	7.9
SP	3.2	2.9
Mitglieder (1980/2005, Schätzungen)	350 000	250 000
Vollzeitstellen Bundesratsparteien, nationale Parteien (1980/1997) ^b	30.9	44.7
Budget Bundesratsparteien, nationale Partei (1984/1996: Wahljahr) ^b	4.2 Mio.	9.1 Mio.

^aGeseret *al.* 2003:6.

^bLadner/Brändle 2001: 198, 178.

Für das Überdenken der parteiinternen Einflussstrukturen waren zudem auch das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren und die Grünen in den 1980er Jahren verantwortlich. Auf diese verstärkte Basisorientierung folgte in den 1990er Jahren allerdings schon bald ein „operativer backlash“ (Ladner 2002: 238). Die Mediendemokratie erfordert schnelles Reagieren und strategisch geschicktes Operieren der Parteiführung, sodass die Basis nicht bei allen Schritten konsultiert werden kann. Heute funktionieren die Parteien zweigleisig. Auf der einen Seite versucht man mit parteiinternen Plebisziten und breit angelegten Programmdiskussionen – wie z.B. www.avenir-radical.ch, dem „strategischen Projekt der FDP“ – die Parteibasis mit einzubeziehen respektive bei der Stange zu halten. Auf der anderen Seite arbeiten die Parteiführungen zunehmend professionell und unabhängiger. Wahlkampagnen – wie z.B. die „campa 03“, das SP-Wahlkampfteam für die Nationalratswahlen 2003 – werden in von den Parteiliten unabhängige Kreativgremien ausgelagert.

Grosse Veränderungen hat es vor allem beim Rückhalt der Parteien in der Bevölkerung gegeben. In den letzten 25 Jahren haben die Parteien schätzungsweise einen Fünftel ihrer Mitglieder verloren und der Bestand der Aktiven ist noch stärker zurückgegangen.³ Damit muss von einer eigentlichen Erosion an der Parteibasis ausgegangen werden. Diese Entwicklung

³ Es mag erstaunen, dass es sich bei Aussagen über die Mitgliederbestände der Schweizer Parteien um Schätzungen handelt. Dies rührt daher, dass zahlreiche Parteien auf-

wird durch das in den letzten Jahren einsetzende Verschwinden der Lokalparteien in den kleinen Gemeinden und durch die zunehmende Bedeutung der Parteilosen in den kommunalen Exekutiven untermauert. Ein weiteres Indiz dafür ist auch die Abnahme der Parteibindungen (vgl. Ladner 2000: 228).

Markant sind schliesslich auch die Verschiebungen in der Zusammensetzung der Parteibasis, über die zum Beispiel die Selects-Umfragen nach den Nationalratswahlen oder die Umfragen bei den Lokalparteien (Geser et al. 1994, Geser et al. 2003) Auskunft geben. Der SVP ist es gelungen ihre Basis stark zu verbreitern. Damit löst sie auch ihren Anspruch ein, eine Volkspartei zu sein. Sie ist nicht mehr die protestantische, deutschsprachige Bauern- und Gewerbestartei, die sie einst war, sondern findet heute auch Anhänger in den katholischen und französischsprachigen Gebieten und vor allem auch bei den qualifizierten Arbeitern. Die SP hat sich demgegenüber zur Partei der neuen Mittelschichten entwickelt. Ihre Wählerinnen und Wähler weisen praktisch ein gleich hohes Durchschnittseinkommen auf wie diejenigen der FDP (vgl. Hirter 2000: 21) und es finden sich in ihren Reihen überdurchschnittlich viele Vertreter von sozialen und kulturellen Berufen.

Wie sieht das Schweizer Parteiensystem in 25 Jahren aus ?

Angesichts dieser beachtlichen Veränderungen in Parteiensystem und Parteien in den letzten 25 Jahren stellt sich die Frage, wohin die Entwicklung führen wird. Handelt es sich hier um normale konjunkturelle Verlagerungen, die vielleicht in jüngster Zeit etwas stärker ausgefallen sind als sonst üblich, die sich aber wieder einpendeln werden, oder befinden wir uns mitten in einem tief greifenden Strukturwandel, einer Rekonstruktion des Parteiensystems ?

In der Parteienforschung stehen sich, was den Wandel von Parteien und Parteiensystemen betrifft, verschiedene Entwicklungsmodelle gegenüber. Von den einen wird argumentiert, die Parteiensysteme seien in den westeuropäischen Ländern entlang den Konfliktstrukturen „eingefroren“, die schon zu ihrer Herausbildung geführt hätten (vgl. Lipset/Rokkan 1967): Herausragendes Ereignis in der Schweiz war die „nationale Revolution“, die via Sonderbundskrieg und Kulturkampf zur Herausbildung und Konsolidierung des Bundesstaates geführt hat. In diesem Konflikt standen sich jeweils die Liberalen (FDP) und die Konservativen (CVP) gegenüber. Ein zweites einschneidendes Ereignis war die „industrielle Revolution“, welche einerseits den Konflikt zwischen der Arbeiterschaft, vertreten durch die SP, und dem Kapital, angeführt von der FDP, mit sich brachte. Zudem führten auch die Auseinandersetzungen um den Freihandel zu einer Parteigründung. Die den

grund des nicht vollständig umgesetzten Mitgliederprinzips nicht in der Lage sind, die Zahl ihrer Mitglieder in einer verlässlichen und vergleichbaren Form anzugeben.

Freihandel ablehnenden Bauern und das Gewerbe begannen sich in der SVP – damals noch Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) – zu organisieren. Wichtig für diese Sichtweise ist, dass sich die unterschiedlichen Interessen ganz spezifischen Bevölkerungssegmenten zuordnen lassen. Denkbar ist, dass in Zukunft auch neue Konfliktlinien entstehen können, welche wiederum – wie am Beispiel der Ökologie und den Grünen gezeigt werden kann – zur Gründung von neuen Parteien führen können. Eine notwendige Voraussetzung für das Überleben einer Partei ist aber immer eine soziale Basis bzw. eine Verankerung in einem bestimmten Segment der Bevölkerung und ein gemeinsames Bewusstsein.

Andererseits wird auch argumentiert, die Parteien hätten sich im Zeitalter der Massenkommunikation schon lange von ihrer ursprünglichen Basis entfernt (vgl. Kirchheimer 1965): Parteien werden immer mehr zu eigentlichen Volksparteien, die vor allem an Wählerstimmen interessiert sind, um möglichst viele Mandate zu erreichen. Dies wird mit Hilfe einer professionell arbeitenden Parteiorganisation angestrebt. Die ideologische Orientierung rückt in den Hintergrund und ist vor allem Mittel zum Zweck. Am Schluss dieser Entwicklung steht ein Zweiparteiensystem nach US-amerikanischem Muster. Zwei grosse Parteien streiten sich um die Wählerinnen und Wähler in der Mitte des politischen Spektrums.

Ziehen wir vor dem Hintergrund dieser beiden theoretischen Entwicklungsmodelle ein Fazit aus den oben beschriebenen Veränderungen im Schweizer Parteiensystem, so deutet vieles darauf hin, dass die These von den festgefrorenen Parteien nicht aufrechterhalten werden kann. Auch wenn die Parteienamen es nahe legen, dass noch dieselben Parteien wie vor mehr als 30 Jahren den Parteienwettbewerb dominieren, so zeigen die meisten Veränderungen der Parteien und des Parteiensystems doch in eine andere Richtung. Fest steht, dass die beiden grossen Parteien FDP und CVP, die sich bei der Herausbildung des Nationalstaates gegenüber gestanden hatten, in den letzten 25 Jahren kontinuierlich an Rückhalt verloren haben. Was die personelle Basis der Parteien anbelangt, so finden wir demgegenüber die grössten Veränderungen bei der SVP und der SP. So wenig die SVP heute vor allem eine Partei der Bauern und des Gewerbes ist, so wenig ist die SP heute eine Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter. Dies und die abnehmenden Parteibindungen legen den Schluss nahe, dass das Parteiensystem nicht mehr in unterschiedlichen sozio-strukturellen Segmenten der Bevölkerung verankert ist.

Die aktuellen Entwicklungen deuten auf ein bipolares System hin, ganz ähnlich wie es Kirchheimer (1965) beschrieben hat. Die grosse Partei auf der Linken wird die SP sein, die grosse Partei auf der Rechten die SVP. Die beiden Grossparteien müssen sich aber nicht als Monopolisten gebärden. Es gibt – gefördert durch das Proporzwahlverfahren und die Direkte Demokratie – auch Platz für kleinere Parteien, die als Mehrheitsbeschaffer und Koalitionspartner durchaus ihre Bedeutung haben werden.

Für die FDP bedeutet dies das Ende des liberalen Sonderfalls. Es gibt kaum ein anderes Land, welches so lange über eine derart starke liberale Partei verfügt hat. Die Partei konnte sich vor allem deshalb so lange halten, weil der Zugang zur Macht in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft noch bis vor nicht allzu langer Zeit mehrheitlich in ihren Händen lag. Die CVP kann sich vor allem mit dem „C“ profilieren, die Konservativen sind bei der SVP ebenso gut aufgehoben, wie die Christlich-Sozialen bei der SP. Eine Idee davon, wie dies einmal aussehen könnte, liefert die EVP mit ihrem „E“.

Für die Politik der Zukunft wird entscheidend sein, wie sich die beiden Grossparteien verhalten werden. Hier ist davon auszugehen, dass sich beide Parteien wieder stärker zur Mitte zurück begeben und sich vor allem als Regierungs- und weniger als Oppositionsparteien gebärden werden. Ihr Erfolg wird ganz wesentlich davon abhängen, in welchem Masse es ihnen gelingt, ihre Grösse zu halten und sich mit verlässlichen Verbündeten zu umgeben. Eine möglichst weit reichende Ausschöpfung der Potenziale mit einem differenzierten Politikangebot dürfte die Lösung für eine erfolgreiche Politik sowohl auf der linken wie auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums sein.

Nicht zutreffen dürfte allerdings die Vorstellung von den Parteien, die praktisch austauschbar werden, weil sie sich programmatisch kaum mehr voneinander unterscheiden. Es sind zwar nicht mehr die traditionellen Milieus, welche die Parteiensysteme strukturieren, nach wie vor gibt es aber unterschiedliche Vorstellungen von den Möglichkeiten und Grenzen des Individuums, von den Aufgaben der Gemeinschaft und der Rolle des Staates, über die man schon bei den „Alten Griechen“ nachgedacht hat und die letztlich auch in die grossen Ideologien unserer Zeit eingeflossen sind. Auch wenn sich die Gesellschaft weiterentwickelt und wandelt und Vieles, was heute noch in weiter Ferne liegt, einmal selbstverständlich sein wird, bleibt bei den politischen Unterschieden doch einiges beim Alten.

Bibliographie

Année politique suisse, *Jährliche Chronik zur Schweizerischen Politik seit 1965*, Herausgegeben vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern, 1982.

Geser H., Ladner A., Schaller R. und Ballmer-Cao T.-H., *Die Schweizer Lokalparteien*, Seismo, Zürich, 1994.

Geser H., Ladner A., Meuli U. und Schaller R., *Schweizer Lokalparteien im Wandel*, Erste Ergebnisse einer Befragung der Präsidentinnen und Präsidenten der Schweizer Lokalparteien 2002/2003, Soziologisches Institut, Zürich, 2003.

- Hirter H., Wahlen 1999. Swiss electoral studies. Forschungsgemeinschaft der politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 2000.
- Kirchheimer O., „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“, *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, 1965, S. 20-41.
- Klöti U., „Liberalismus vor neuen Werten und Themen. Schweizer Sonderentwicklung“, in *Schweizer Monatshefte*, März, 1985, S. 185-192.
- Ladner A., „Switzerland: Green and Alternative Parties“, in: Müller-Rommel Ferdinand (Hrsg.), *New Politics in Western Europe: The Rise and the Success of Green Parties and Alternative Lists*, Westview Press, London, 1989, S. 155-165.
- Ladner A., *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*, Seismo, Zürich, 1991.
- Ladner A., „Politikbeteiligung und die Reform der politischen Institutionen“, in Suter Christian (Hrsg.) *Sozialbericht 2000*, Seismo, Zürich, 2000, S. 216-234.
- Ladner A., „Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien“, in: Klöti Ulrich et al. (Hrsg.) *Handbuch der Schweizer Politik*, NZZ, Zürich, 2002, S. 211-258, 3. überarbeitete Auflage.
- Ladner A. *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.
- Ladner A., „Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung“, in Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.
- Ladner A. und Brändle M., *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien?* Seismo, Zürich, 2001.
- Lipset S. M. and Rokkan S., „Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“, in Lipset S. M. and Rokkan S. (eds.), *Party Systems and Voter Alignments*, Free Press, New York, 1967, S. 1-64.